

7. Parteitag in Karlsruhe

Jürgen Rüttgers:

Wir laden alle Menschen in Deutschland ein, in unserer Zukunftswerkstatt mitzumachen

- Einführungsrede in: „Die Tagesordnung der Zukunft – Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“

und die

Berichte aus den Foren

- Von Generalsekretär Peter Hintze, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident Erwin Teufel und Bundesumweltministerin Angela Merkel

Jürgen Rüttgers:

Wir laden alle Menschen in Deutschland ein, in unserer Zukunftswerkstatt mitzumachen

Die CDU beschäftigt sich heute einen ganzen Tag mit dem Thema Zukunft. Daß es dabei nicht nur um Philosophie, um das Übermorgen geht, das hat die, wie ich finde, großartige Rede von Wolfgang Schäuble gerade deutlich gemacht. Es geht um ganz konkrete Politik, die jetzt auspacken und jetzt umzusetzen ist.

Es geht auch nicht darum, daß wir hier heute ein neues Programm erarbeiten wollen. Wir haben ein Grundsatzprogramm, das uns zukunftsfähig macht. Wir sind viel weiter als die anderen, denen eine Utopie nach der anderen wie Seifenblasen zerplatzt.

Aber wir müssen jetzt aus unserem Programm auch Projekte machen. Ich glaube, wir brauchen jetzt ein Projekt für Arbeit und soziale Sicherung im Zeitalter der Globalisierung. Wir brauchen Projekte für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus Forschung, Technologie und Innovation. Wir brauchen Projekte für Bildung und Ausbildung, die den jungen Menschen das Tor zur Zukunft öffnen. Wir brauchen auch Projekte, die helfen, die Schöpfung zu bewahren.

Dieser Parteitag soll ein Startschuß sein für alle Ebenen der Partei, in Bürgerversammlungen, in Workshops, in Veranstaltungen, in Kongressen mit denjenigen zu reden, die in unserer Gesellschaft etwas leisten wollen, mit Gewerkschaften und Unternehmen, mit Mittelstand und Freiberuflern, auch mit Facharbeitern, die bisher vielleicht noch SPD gewählt haben, und mit der sogenannten technischen Intelligenz, die das eine oder andere Mal mit den Grünen geliebäugelt hat.

Wir haben in der CDU in der Vergangenheit gelernt, das „C“ in unserem Namen zu verteidigen. Das „D“ bedeutet uns, viele Menschen für unsere

Politik zu gewinnen. Wir haben jetzt allen Grund, auch das „U“ noch stärker zu betonen. Denn Union heißt doch Bündnis und Gemeinschaft.

Deshalb muß die CDU ein Zukunftsbündnis schließen, das alle kreativen Kräfte bündelt, das Gestaltungswillen zur Entfaltung bringt und das Phantasie zu Projekten formt.

Wir leben in einer Zeitenwende. Wir alle wissen: Wir Deutsche sind Gewinner dieser Wende. Wir haben die Einheit in Frieden und Freiheit erlangt. Die Menschen in den neuen Ländern haben in den vergangenen fünf Jahren Veränderungen bewirkt, von denen unsere Nachbarn in den osteuropäischen Reformstaaten nur träumen können. Es hat sich so viel verändert, aber es war so wenig Zeit, die Veränderungen zu verarbeiten. Nicht nur die Geschwindigkeit der Veränderungen ist groß, auch die Intensität erscheint unseren Zeitgenossen beispiellos.

Der Zug der Zeit fährt vielen Menschen viel zu schnell. Da gibt es den Soziologen Ulrich Beck, der uns deshalb empfiehlt, die Bremse zu ziehen. Ich bin ganz sicher: Er wird die Bremse nicht finden. Die Grünen rufen uns zu: Alles aussteigen! Die SPD fragt: Wo ist denn eigentlich der Zug? Mit Stoppen und Aussteigen kann man diesem Land und seinen Menschen keine Zukunftsperspektiven geben.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Die wichtigste Zukunftsfrage für alle ist, wie wir in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen können. Es darf nicht wahr sein, daß wir immer mehr Menschen sagen: Deine Arbeitskraft kann diese Gesellschaft nicht mehr gebrauchen.

Wir alle wissen, daß Deutschland ein Land mit hohen Kosten ist, und daß diese nicht weiter steigen dürfen. Wir wissen, daß die Arbeitskosten gesenkt werden müssen: durch weniger Steuern, durch einen Umbau des Sozialstaates, durch Leistungsanreize und weniger Reglementierung; darüber hat Wolfgang Schäuble gesprochen. Das alles steht auf der Tagesordnung.

Ich sage aber auch: Was überhaupt keinen Sinn macht, ist, wenn jeden Tag ein neuer Vorschlag auf den Tisch kommt, ohne daß er im Anschluß umgesetzt wird.

Wir sollten zuerst einmal den DGB und die Unternehmen beim Wort nehmen, damit die Flexibilisierung der Arbeitszeit endlich mehr Fortschritt

macht. Nicht Einheitskonfektion, sondern Maßanzug ist das Modell der Zukunft.

Neue Arbeitsplätze entstehen nicht, wie die SPD meint, indem man die Arbeitsämter mehr beschäftigt. Sie entstehen nur durch Innovationen, die uns Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Wenn man eine Halbleitergeneration nur sechs Monate vor der Konkurrenz auf den Markt bringt, dann spart man so viel ein wie durch eine 25prozentige Reduzierung der Lohnkosten. Auch hier gilt der Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft der Markt.

Neue Arbeitsplätze entstehen durch Investitionen. Wenn die deutsche Wirtschaft 1994 rund 24 Milliarden DM im Ausland investiert hat, dann ist das gut für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wenn aber in derselben Zeit ausländische Unternehmen nur rund 5 Milliarden DM in Deutschland investiert haben, dann exportieren wir Arbeitsplätze. Deshalb muß Deutschland für ausländische Investitionen attraktiver werden. Deshalb müssen wir für die Anwendung moderner Technologien offen sein; denn Offenheit für Neues ist eine notwendige Bedingung für Zukunftsfähigkeit.

Von den 30 wichtigsten Innovationen in den nächsten 30 Jahren wird die Hälfte von der Biotechnologie abhängen. Mit der Biotechnologie können wir im kommenden Jahrhundert den Sieg über die schreckliche Krankheit Krebs erringen. Mit der Biotechnologie können wir den Hunger in der Welt bekämpfen. Deshalb muß Schluß damit sein, daß in Deutschland gentechnische Freilandversuche von militanten Gentechnikgegnern zertrampelt und zerstört werden.

Nummer eins in der Biotechnologie

Deshalb muß Schluß damit sein, daß Landesregierungen oder irgendwelche Regierungspräsidenten entscheiden, einen sogenannten ausstiegsorientierten Verwaltungsvollzug in High-Tech-Bereichen durchzuführen, was nichts anderes als ein Rechtsbruch ist.

Deshalb muß auch Schluß mit der Heuchelei sein, daß die rot-grüne hessische Landesregierung auf der einen Seite in meinem Ministerium Fördergelder für die Gentechnik beantragt, auf der anderen Seite aber Kongresse der

Gentechnikgegner mit Landesmitteln unterstützt. Das wird es auf Dauer mit meinem Geld in meinem Haushalt nicht mehr geben.

Ich hoffe, jeder weiß, worüber wir hier reden. Wir reden über Arbeitsplätze und damit über Zukunftschancen und das Leben von Menschen. Wir haben heute in Deutschland 40.000 Arbeitsplätze im Bereich der Biotechnologie. es könnten schon 100.000 mehr sein, wären nicht ständig neue Stolpersteine in den Weg gelegt worden. Deshalb halte ich es für ganz wichtig, daß wir uns nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wissenschaft und die Wirtschaft ein Ziel setzen. Dieses Ziel heißt für mich: Deutschland soll bis zur Jahrtausendwende die Nummer eins in der Biotechnologie in Europa sein.

Lebensmittel umfassend kennzeichnen

Deshalb fördert die Bundesregierung die Biotechnologie mit jährlich immerhin über 900 Millionen DM. Deshalb haben wir das Gentechnikgesetz und die Gentechniksicherheitsverordnung novelliert.

Wir wollen auch, daß die Menschen diesen Weg mit uns gehen können, daß sie verstehen, was da passiert. Es sind hochkomplexe Technologien; das ist wahr. Deshalb aber hat die Europäische Kommission unrecht, wenn sie sich gegen die umfassende Kennzeichnungspflicht gentechnisch beeinflusster Lebensmittel einsetzt. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder sind gentechnisch beeinflusste Lebensmittel ungefährlich, dann können wir dies auch kennzeichnen. Oder es ist gefährlich, dann müssen wir die Finger davon lassen.

Ich habe hier überhaupt keine Probleme und denke, wir sollten in dieser Position hart bleiben. Wir als Deutsche fordern, daß gentechnisch beeinflusste Lebensmittel umfassend gekennzeichnet werden. Übrigens glaube ich, daß es einem Land wie Deutschland auch gut ansteht, für eine solch umfassende Kennzeichnungspflicht einzutreten, nachdem wir wegen des Reinheitsgebots des deutschen Biers sogar den Europäischen Gerichtshof angerufen haben.

Nicht nur die Biotechnologie wird unser Leben verändern, auch die Informations- und Kommunikationstechnologie wird unsere Welt tiefgreifend beeinflussen. 100 Milliarden DM Investitionen stehen in den nächsten Jahren an. Neue Berufe werden entstehen. Durch Datenautobahnen werden Standort-

nachteile ausgeglichen. Die Menschen bekommen mehr Zeitsouveränität. Beruf und Familie werden besser vereinbar. Das Wachstum der Zukunft wird ein Wachstum durch Wissen sein. Ich weiß gar nicht, ob wir das in seiner ganzen Dimension verstanden haben: Informationen werden zukünftig rund um die Uhr überall auf der Welt zur Verfügung stehen. Das heißt doch, daß Ort und Zeit relativ werden.

Es gibt schon heute Software-Entwickler hier in Baden-Württemberg, die, bevor sie Feierabend machen, ihr Werkstück zum Kollegen nach Amerika schicken. Er arbeitet dann daran und schickt es nach seiner Arbeitszeit über den Satelliten weiter nach Asien. Wenn der deutsche Kollege morgens zur Arbeit kommt, dann ist das Programm wieder auf seinem Computer, aber zwei Tagewerke weiter.

Auch das Datenschutzgesetz novellieren

An diesem Beispiel wird deutlich, was das eigentlich für unsere Arbeitsplätze, aber auch für unsere Lebenswelt bedeutet. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns mit den Rahmenbedingungen für Multimedia und für Datenautobahnen beschäftigen. Deshalb brauchen wir jetzt eine Kraftanstrengung. Wir, Herr Bundeskanzler, bereiten gerade im Nationalen Forschungsrat vor, wie wir diese Rahmenbedingungen verändern.

Ich will einmal zwei ganz konkrete Punkte nennen; jeder weiß, daß es, wenn ich sie nenne, politischen Streit gibt. Wir müssen z. B. das Medienordnungsrecht novellieren. Nicht alles, was Multimedia heißt, ist auch Rundfunk. Tele-Banking, Tele-Shopping, Tele-Medizin und Tele-Learning dürfen nicht an der Uneinigkeit von 16 Landesrundfunkanstalten scheitern.

Es kommt ein Satz, der leichter gesagt ist als umgesetzt: Auch das Datenschutzgesetz muß novelliert werden. Diejenigen, die von der Materie Ahnung haben, wissen, was das heißt; auch für die Koalition. Eines aber ist für mich so klar wie das Amen in der Kirche: Multimedia darf nicht am Einspruch der Landesdatenschutzbeauftragten in Deutschland scheitern.

Deshalb finde ich es wichtig, daß wir, bis die Liberalisierung der Netze am 1. Januar 1998 durchgesetzt ist, nicht nur weiterhin ordnungspolitisch diskutieren, wie man das hätte anders machen können. Es hätte schneller gehen können; das ist wahr. Dafür aber gab es keine Mehrheit. Wichtiger ist jetzt, darüber nachzudenken, wie wir für die Entwicklung Freiräume schaffen, wie

wir unsere Hochschulen an die Datenautobahnen anbinden, wie wir Nutzungen ermöglichen und manche Bedenken, die heute noch diskutiert werden, durch konkretes Tun ausräumen können.

Als Gutenberg den Buchdruck erfand, wurde Wissen überall verfügbar. Das hat riesige Auswirkungen gehabt. Luther z. B. ist ohne Gutenberg und seine Flugblätter nicht vorstellbar. Schlußendlich war das der Anfang vom Untergang der feudalen Welt.

Es darf jetzt in unserer demokratischen Gesellschaft nicht dazu kommen, daß letztlich nur noch wenige Menschen in der Lage sind, die richtigen Informationen zur richtigen Zeit zu finden. Aus der Informationsflut kann sehr schnell eine Informationsdürre werden. Deshalb sage ich: Es wäre gut, wenn sich unsere Intellektuellen und Dichter endlich einmal mit solch existentiellen Fragen beschäftigen, statt sich ihren Frust über den Untergang des Sozialismus und die Wiedervereinigung von der Seele zu schreiben. Das wäre eine kulturelle Leistung!

Ich sage auch: Deshalb müssen wir jetzt auf die geistige Elite in unserem Land zugehen und sie zum Gespräch einladen. Ich bin sicher, sie wird dieses Angebot auch annehmen, schon wegen der eigenen Relevanz.

Was wir auch machen müssen, ist, jungen Menschen heute die Chance zu geben, mehr Urteilskraft zu erwerben, um zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden zu können. Deshalb brauchen die jungen Menschen in Deutschland eine noch bessere Ausbildung.

Schon heute werden in Deutschland mehr Computer verkauft als Autos. Aber nur 350 der rund 35.000 allgemeinbildenden Schulen in Deutschland – ich wiederhole: nur 350 – haben einen Zugang zu den Datenbahnen. Das muß sich ändern, und zwar schnell.

Medienkompetenz ist Schlüsselqualifikation

Ich weiß nicht, wie junge Leute lernen sollen, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden, wenn sie nur zu Hause alleine vor einem PC sitzen, zum Teil vielleicht sogar abgestellt, damit es ruhig ist und sie die Eltern nicht stören, und wenn sie sich dann mit irgendwelchen Computerspielen die Zeit totschielen. Ich finde, wenn wir über Medienkompetenz reden – und das wird eine Schlüsselqualifikation der Zukunft sein –, dann

wird es Zeit, daß nicht nur in den Schulen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, sondern daß es auch aufhört, daß nur 20 bis 30 Prozent unserer Lehrer überhaupt bereit sind, mit solchen modernen Technologien umzugehen und jungen Leuten die genannte Fähigkeit zur Unterscheidung zu vermitteln. Deshalb ist es unsere Aufgabe, auch der Bildungspolitik einen neuen Stellenwert zu geben.

Der eine oder andere hier im Saal wird sich noch daran erinnern: Im Jahre 1964 beschwor Georg Picht die drohende Bildungskatastrophe. Seitdem haben wir – und zwar alle Regierungen – unser Schulsystem, unser Bildungssystem quantitativ ausgebaut. Damals, 1964, haben 6 Prozent eines jeden Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung erworben. 1994 waren es in Gesamtdeutschland 34,9 Prozent. Wir haben diesen quantitativen Ausbau betrieben, ohne daß wir gleichzeitig die Ressourcen für unser Bildungssystem erhöht haben. Deshalb habe ich den Eindruck, daß dieser quantitative Ausbau jetzt in einen Verlust an Qualität umzuschlagen droht.

Und seien wir ehrlich: Das andauernde Experimentieren und Umorganisieren in den Schulen hat diese Lage dann auch noch zusätzlich kräftig verschlimmert.

Wir brauchen wieder Mut zur Entwicklung

Es wird deshalb Zeit, daß wir wieder über Bildungspolitik reden, auch in der Union, und daß wir in der Bildungsdiskussion statt über Organisationsfragen auch wieder mehr über Inhalte miteinander reden.

Auch wird es Zeit, daß wir wieder über Erziehung miteinander reden, nämlich über die Frage, wie Erziehung in den Schulen stattfinden kann. Es geht in den Schulen nicht nur um Spezialwissen. Ich frage Sie, und ich frage uns: Was nützt denn eigentlich das beste Detailwissen, wenn es mit Lesen, Schreiben und Rechnen hapert?

Ich frage Sie, und ich frage uns: Was nützt das schönste Schulzentrum, wenn dort nicht die Fähigkeit zur Toleranz, zur Mitmenschlichkeit, zur Hilfsbereitschaft und zur Eigenverantwortung vermittelt werden?

Deshalb brauchen wir wieder Mut zur Erziehung und den Mut, Stabilisatoren anzufordern, die Gesellschaft bilden und dann für den einzelnen auch Sinn stiften.

Das ist keine beliebige politische Forderung. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß das heißt, daß wir auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – wieder mehr Investitionen für unser Bildungssystem freimachen müssen.

Wir brauchen demnächst 740.000 Lehrstellen

Wir reden über das Problem der demographischen Veränderungen in Deutschland, und das ist eine der großen Fragen; das ist wahr. Aber ich frage uns: Haben wir eigentlich im Kopf, haben wir eigentlich schon verstanden, daß wir uns damit auch ein Stück weit suggeriert haben, daß unsere Gesellschaft immer älter wird, wobei wir, ohne daß es uns vielleicht ganz klar wird, implizit sagen: Dann brauchen wir bei den jungen Leuten nicht mehr so viel zu tun; das wächst sich dann ja irgendwie aus.

Ich will Ihnen einmal ein paar Zahlen nennen. Bis 1999 – und das ist bekanntermaßen gar nicht mehr so lange hin – steigt die Zahl der Schüler in Deutschland um rund 900.000 auf dann fast 13 Millionen an. Wissen Sie, was das im Klartext heißt, übrigens auch für unsere Kommunen? Das heißt im Klartext: Wir werden Schulen, die wir noch vor kurzem geschlossen haben, wieder öffnen müssen, und wir werden mehr Lehrer einstellen müssen. In dem Zusammenhang sollten wir übrigens gleichzeitig über Ganztagschulen reden, damit unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dann auch konkret wird, damit es also nicht bei Sprüchen bleibt.

Dies heißt dann übrigens auch, daß wir im Bereich der beruflichen Ausbildung nicht – wie in diesem Jahr – 600.000 Lehrstellen brauchen, sondern demnächst 740.000. Deshalb war es so wichtig, daß wir Anfang des Jahres in den Gesprächen beim Bundeskanzler das Thema der Lehrstellen so weit nach vorne geholt haben.

Deshalb war es wichtig, daß wir jetzt auch sagen können – und zwar schon im September/Oktober –: Auch in diesem Jahr bekommt jeder, der kann und will, in Deutschland einen Ausbildungsplatz. Das ist ein Riesenerfolg, und den müssen wir auch feiern.

Ich will diese Gelegenheit nutzen, einmal einige Bemerkungen zu einigen Damen und Herren bei unserem verehrten politischen Gegner zu machen.

Als wir, wie es richtig ist, in internen Gesprächen zwischen Bund und Ländern darüber geredet haben, wie wir es denn schaffen, dieses Ziel „Jeder bekommt eine Lehrstelle“ zu erreichen, hat es mich in den letzten Monaten schon irgendwie aufgeregt, daß gleichzeitig die Katastrophen-Hilfe aus Brandenburg und dieser Herr Ringstorff aus Mecklenburg mit Horrorzahlen durch die Lande zogen und junge Leute verrückt gemacht und verhetzt haben und Panik gemacht haben. Ich fordere Sie deshalb jetzt von hier aus auf: entschuldigt Euch bei den jungen Leuten, die Ihr verunsichert habt! Jeder bekommt dank unserer Anstrengungen einen Ausbildungsplatz.

Weshalb das Meister-BAföG so wichtig ist

Wichtig ist auch die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung, und deshalb ist übrigens auch das Meister-BAföG so wichtig. Es zeigt nämlich ganz konkret, daß wir es mit dem ersten und wahrscheinlich auch einzigen Leistungsgesetz in dieser Legislaturperiode ernst damit meinen, gerade im Bereich des Mittelstandes und des Handwerks zu zeigen: Der Satz von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung gilt für uns voll und ganz.

Wenn wir in diesen Tagen stolz darauf sind, daß eine deutsche Professorin den Nobelpreis für Medizin und ein Direktor am Max-Planck-Institut den Nobelpreis für Chemie bekommen, dann zeigt das, was für hervorragende Forscher wir in Deutschland haben. Aber genauso stolz können wir in Deutschland – ich sage das bewußt und überlegt – auf unsere Facharbeiter sein, auf unsere Handwerksmeister, weil sie die Basis für diese Spitzenleistungen bilden.

Wenn das aber beides zusammengehört, dürfen wir auch unsere Hochschulen nicht im Stich lassen. Auf jedem Studienplatz in Deutschland sitzen heute zwei Studenten. Ich sage für uns ganz deutlich: Diese Überlast darf nicht zur Normallast werden. Wir müssen da etwas tun; wir brauchen da Bewegung.

Aber ich sage auch: Wenn Gerhard Schröder heute in den niedersächsischen Universitäten über 1.100 Stellen abbaut, den Hochschuletat kürzt und die Fördermittel für Forschung und Lehre reduziert, wenn Heide Simonis heute von knapp 1.000 Professorenstellen fast jede siebente nicht besetzt

hat und wenn Henning Voscherau zuläßt, daß in den nächsten Jahren in Hamburg jeder fünfte Studienplatz verlorengeht, dann versündigen sie sich an unseren Jugendlichen und an der Zukunft Deutschlands.

Wie man das besser macht, kann man übrigens in Baden-Württemberg, Bayern und Berlin sehen.

Jetzt will ich noch einen Punkt ansprechen, der in diesem Zusammenhang auch wichtig ist. Unser Bildungssystem muß auch internationaler werden. Es gibt an unseren Hochschulen zuwenig ausländische Studenten, und zuwenig deutsche Studenten gehen ins Ausland studieren. Weltoffene Regionen – wir haben eben von Globalisierung gesprochen – werden im globalen Wettbewerb der Standorte einen Standortvorteil haben. Auf der anderen Seite wird muffiger Provinzialismus ebenso übrigens wie tumber Ausländerhaß von Randgruppen das Ansehen eines Landes mittel- und langfristig erheblich beschädigen.

Sieben Millionen ausländische Mitbürger leben unter uns, zum Teil schon in der zweiten und dritten Generation. Auch das ist ein Zukunftsthema: Wir müssen uns mehr um ihre täglichen Probleme kümmern, übrigens nicht nur, weil die EU-Ausländer schon bald bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, sondern auch deshalb, weil dies ein wichtiges Projekt im Zusammenhang mit der Frage ist, die auch Wolfgang Schäuble angesprochen hat: Was hält diese Gesellschaft zusammen? Meine feste Überzeugung ist: Die multikulturelle Gesellschaft, lieber Heiner Geißler, ist bei der Integration ausländischer Mitbürger keine Antwort, denn diese Idee trennt statt zusammenzuführen.

Integrationspolitik mit Inhalt füllen

Wenn unsere Haltung bei der doppelten Staatsbürgerschaft weiter überzeugen soll, wenn wir auf Dauer zusammenleben wollen, dann brauchen wir eine Integrationspolitik, die diesen Namen auch verdient. Dann darf der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die keinen Schulabschluß erreichen, nicht so hoch bleiben, wie er heute ist.

Knapp ein Drittel der ausländischen Jugendlichen, die 1993 die Schule verließen, erreichten den Hauptschulabschluß nicht. Die Vergleichszahl für den Gesamtjahrgang lautet 8,6 Prozent. Wenn wir das wollen, muß es auch für ausländische junge Mitbürger genügend Lehrstellen geben. Dann dürfen in

unseren Städten keine Gettos entstehen. Ich fasse zusammen, was diesen Punkt angeht: Wer gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ist, muß eine konsistente Integrationspolitik mit Inhalt füllen und nach vorne bringen.

Auf der Tagesordnung der Zukunft steht ganz oben die Bewahrung der Schöpfung. Auch hier gibt es keine einfachen Antworten. Was not tut, ist vernetztes Denken. Eines ist richtig: Eine intakte Umwelt ist ohne Umwelttechnologie nicht zu haben. Solange Mensch und Umwelt – wie bei den Grünen – als Gegensatz gedacht werden, so lange wird die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie nicht gelingen. Ich will dies am Beispiel des Verkehrs deutlich zu machen versuchen. Ich weiß nicht, ob Sie dies wissen: Jeder hier im Saal verbringt, statistisch gesehen, jedes Jahr bereits drei volle Tage im Stau. Hochgerechnet gehen pro Jahr in Deutschland dadurch 4,5 Milliarden Stunden an Arbeit und Freizeit verloren. 14 Milliarden Liter Kraftstoff verbrennen im Leerlauf, und 17 Milliarden DM Kapital ruhen, statt zu rollen. Es ist völlig klar: Eindimensionale Antworten helfen hier nicht weiter.

Ich kann mich noch daran erinnern – viele hier im Saal wahrscheinlich ebenfalls –, als die sogenannten Fachleute durch das Land gezogen sind und gesagt haben: Jetzt bauen wir die autogerechte Stadt. Inzwischen haben wir gelernt: Das war ein Fehler. Genauso, wie diese sogenannten Fachleute damals falsch gelegen haben, werden auch diejenigen, die jetzt herumlaufen und eine autofreie Stadt haben wollen, falsch liegen.

Man kann eine freie Gesellschaft nicht beruhigen, es sei denn, man schafft Unfreiheit und Ungleichheit. Auch dazu habe ich eine Zahl. Diese Zahl hat auch mich überrascht. Schon heute entfallen 40 Prozent des Stadtverkehrs auf Autofahrer, die einen Parkplatz suchen. Verkehrsberuhigung ist oft Verkehrsverdrängung.

Bessere Organisation des Verkehrs

Es ist aber nicht so, daß wir nichts tun könnten. Wir können beispielsweise durch Telematik oder durch bessere Organisation des Verkehrs etwas tun. Gerade die gewaltigen Menschen- und Verkehrslawinen, die sich an fünf Tagen in der Woche pünktlich um 18.30 Uhr zum Geschäftsschluß des Einzelhandels über ganz Deutschland ergießen, sollten, wie ich finde, zu den Anachronismen einer modernen Wirtschaftsnation gehören.

Wir können auch durch Telearbeit etwas tun. Experten gehen davon aus, daß die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich in Deutschland von heute

30.000 auf rund 800.000 im Jahr 2000 steigt. 800.000 Telearbeiter würden bei drei Telearbeitstagen pro Woche und einer durchschnittlichen Entfernung zum Betrieb von 15 km rund 3,2 Milliarden km Fahrstrecke im Jahr einsparen.

Wir können auch beim Freizeitverkehr etwas tun. Es ist ja keineswegs so, daß Naturfreunde grundsätzlich weniger Auto fahren. Das weiß man ja. Inzwischen ist das aber auch wissenschaftlich untersucht. Das ist auch gut so. Dies wurde vom Europäischen Tourismusinstitut an der Universität Trier untersucht. Dieses Institut hat in puncto Reisemobilität festgestellt, daß Anhänger ökologischer Bewegungen häufiger und weiter reisen. Sie wollen halt exotische und unberührte Gegenden erleben. Der Wunsch nach Selbstverwirklichung dominiert das ökologische Problembewußtsein. Da erweist sich der grüne Heiligenschein oft als grüne Scheinheiligkeit.

Was wir brauchen: Vernetzte Antworten

Was wir brauchen, sind vernetzte Antworten und übrigens auch ganz praktische Visionen. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern: Als durch den Ölpreisschock in den 70er Jahren das Thema Energieverbrauch immer dringlicher wurde, haben wir es geschafft – übrigens waren gar nicht alle von Anfang an dafür; ich kann mich noch erinnern, daß es auch harte Diskussionen in der Partei gegeben hat –, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch zu entkoppeln. Was heißt das praktisch? Damals haben wir in unseren Häusern 400 kW pro m² und Jahr verbraucht. Heute verbrauchen wir in Gesamtdeutschland bereits unter 200 kW. Im Solarhaus in Freiburg haben wir den Nachweis erbracht, daß eine Reduzierung bis auf 20 kW möglich ist. Das ist übrigens ein ganz praktischer Erfolg unserer Umweltpolitik, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Jetzt frage ich Sie, jetzt frage ich uns: Warum haben wir nicht den Mut, uns auch im Bereich des Verkehrs ein großes Ziel zu setzen: die Entkoppelung des Verkehrswachstums vom Wirtschaftswachstum? Nur wenn wir den Verkehr intelligent organisieren und überflüssigen Verkehr vermeiden, werden wir in Deutschland auch in Zukunft Autos bauen und verkaufen können. Es macht eben keinen Sinn, den Joghurt aus Bayern nach Hamburg und den Joghurt aus Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg zu fahren. Keiner von uns kann die Zukunft vorhersehen. Was wir aber können, ist, die

Zukunft möglich zu machen, wenn wir Veränderungen wagen. Dafür gibt es eine Voraussetzung, nämlich Vielfalt.

Freie Gesellschaften schöpfen ihre Zukunftsfähigkeit und damit auch ihre Überlegenheit seit jeher aus der Tatsache, daß in ihnen unterschiedliche Antworten möglich, ja sogar erwünscht sind. Freie Gesellschaften gestatten und fördern, daß die verschiedenen Lösungsansätze in einen Wettbewerb um die Gunst aller Wählerinnen und Wähler treten. Deshalb sind Demokratie und Soziale und Ökologische Marktwirtschaft als Ordnungselemente zukunftsfähiger Gesellschaften unverzichtbar.

„Prüfet alles und behaltet das Gute“ – dieser Satz aus dem Ersten Brief des Paulus an die Thessaloniker ist, wie ich finde, auch ein Motto für Zukunftsfähigkeit. Er hat in fast 2000 Jahren nichts von seiner Gültigkeit verloren. Für Zukunftspolitik bedeutet das konkret: Spielraum schaffen, Experimente wagen, Vielfalt fördern, aber auch Einfalt bekämpfen. Denjenigen, die jetzt Verbotsschilder und Ampeln aufbauen wollen, noch bevor die Datenbahnen überhaupt gebaut sind, müssen wir sagen: Schluß damit! Räumt erst einmal alle Hindernisse weg, damit wir in Richtung Informationsgesellschaft gehen können.

Denjenigen, die die Gentechnik mit Gesetzen und Verordnungen einschüren wollen, noch bevor wir die tieferen Ursachen von Krebs und Aids entschlüsselt haben, müssen wir sagen: Die Sünden der Unterlassung wiegen schwerer als das Risiko eines wissenschaftlichen Fehlschlags.

Wenn Hans Jonas in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung“ fordert, alles zu unterlassen, was Risiken bergen könnte, dann kann sich dies umkehren und selbst zu einem Risiko für unsere Zukunft werden. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Folgen unseres Tuns. Wir tragen auch Verantwortung für die Folgen von Untätigkeit.

Vielfalt und Verantwortung, das sind die Schlüssel für Zukunftsfähigkeit.

Ich glaube, es gibt in Deutschland keine zweite politische Kraft, die den Herausforderungen der Zukunft mit Gestaltungswillen und Gestaltungskraft begegnen kann so wie die CDU. Wenn nicht die CDU, wer denn eigentlich sonst? Deshalb, liebe Freunde: Stellen wir uns den Fragen der Zukunft, offen und ohne ideologische Scheuklappen. Wir wollen zuhören, heute und in der Zukunft. Deshalb laden wir alle Menschen in Deutschland ein, in unserer Zukunftswerkstatt mitzuarbeiten.

Generalsekretär Peter Hintze:

Den Wandel human und sozial verträglich gestalten

Wir haben uns im Forum 1 mit der geistig-kulturellen Entwicklung der Zukunft beschäftigt. Ich möchte Ihnen zu Beginn ein generelles Ergebnis unseres Forums mitteilen: Die Teilnehmer dieses Forums haben die Möglichkeit, auf einem Parteitag der CDU eine solche Fragestellung zu besprechen, ausdrücklich begrüßt und gesagt, so etwas sollten wir von Zeit zu Zeit wiederholen.

Eben ist unseren Gästen und Experten zu Recht gedankt worden. Ich möchte aber auch demjenigen danken, der die Idee, die Konzeption und die Vorbereitung dieses Tages so gut auf den Weg gebracht hat: Ich möchte Jürgen Rüttgers für die Vorbereitung dieses Zukunftstages herzlich danken.

Es war ein Experiment, einen solchen offenen Dialog anzulegen. Ich finde, dieses Experiment des offenen Zukunftsdialoges ist geglückt.

In den Dank möchte ich ausdrücklich auch Anton Pfeifer einschließen, der zu der Vorbereitung der Foren, zu der Auswahl der Referenten und zu ihrer Motivation, hier teilzunehmen, einen ganz kräftigen Beitrag geleistet hat. Herzlichen Dank, Anton Pfeifer.

An unserem Forum haben mitgewirkt: Frau Ministerin Dr. Annette Schavan, Professor Richard Schröder, Frau Professorin Dagmar Schipanski und Professor Eugen Biser. Wir haben in unserem Forum die nachdenkliche Annäherung an die Zukunft erprobt, die Professor Frühwald uns heute in seinem eindrucksvollen Eröffnungsvortrag ans Herz gelegt hat. Unsere Ausgangsfrage war die nach der positiven Gestaltung des Wandels, dessen zunehmende Geschwindigkeit wir alle verspüren.

Eines ist in der Diskussion deutlich geworden: Gerade wir Christliche Demokraten können bei der Diskussion über die geistig-kulturelle Entwicklung

unseres Landes die Meinungsführerschaft beanspruchen; denn nach dem ruhmlosen Scheitern der Ideologien des 19. Jahrhunderts hat sich gezeigt, daß eine am christlichen Verständnis vom Menschen orientierte Politik, die in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung steht, in besonderer Weise befähigt ist, den Wandel in Staat und Gesellschaft auf humane und sozial verträgliche Weise zu gestalten.

Wir haben in unserem Forum gesagt: Es ist wichtig, daß wir als CDU einen Beitrag dazu leisten, daß der Wandel, der auf uns zukommt, nicht allein unter der technisch-wirtschaftlichen Perspektive gesehen wird, sondern daß wir auch die menschliche Perspektive nicht aus den Augen lassen und dazu beitragen, daß dieser Wandel die Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt und das Humanum festigt.

Ich habe eben über die Ideologien des 19. Jahrhunderts gesprochen, die gescheitert sind. An erster Stelle ist ohne Zweifel der Sozialismus zu nennen. Ein Ergebnis unseres Forums ist auch – darauf haben die Teilnehmer aus den neuen Ländern hingewiesen –, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus, die uns in verkappter und offener Form immer wieder neu angedient wird, daß die Auseinandersetzung mit den aus dem Sozialismus direkt resultierenden Diktaturschäden fortgesetzt werden muß. Wir dürfen das nicht einstellen.

Wir haben eine Reihe von Themen bearbeitet. Wir haben uns kritisch-konstruktiv mit der Aufgabe der Kirchen auseinandergesetzt. Professor Biser hat stark eingefordert, daß die Kirchen einen Beitrag zur Angstbewältigung und einen positiven Beitrag zur Zukunftsbewältigung leisten. Ein Teilnehmer des Podiums hat es auf den Punkt gebracht: Wenn die Kirchen den nächsten Castor-Transport für wesentlicher halten als das Evangelium, dann verpassen sie ihre Aufgabe. Auch das war Gegenstand unserer Beratung.

Wir haben uns über den Bildungsbegriff unterhalten. Es konnte einem heute morgen fast schwindelig werden, wenn man den Professoren zuhörte und aufnahm, was an Veränderungen, was an zunehmender Geschwindigkeit an Wissen ins Haus steht: 15.000 Fernsehprogramme, eine immer schnellere Verdoppelung des Wissens, Vervielfachung, eine ganz große neue Unübersichtlichkeit.

Wir haben festgestellt, daß es eine ganz wesentliche Aufgabe der Schule ist, den Auftrag der Erziehung zur Verantwortung wahrzunehmen und dem Menschen dafür das Rüstzeug zu geben, daß er mit dem Wissen richtig umgehen kann, daß er in die Lage versetzt wird, mit der Explosion des Wissens

verantwortlich umzugehen. Wir haben aber auch deutlich gesagt, daß wir von Pessimismus und Skepsis nichts halten und daß wir unserer Jugend, die auf die Zukunft zugeht, auch etwas zutrauen wollen.

Wir haben uns mit dem Thema Medien gründlich auseinandergesetzt. Professor Biser hat eine kleine rhetorische Bombe in den Raum geworfen, als er sagte: Medien sind das Ende des aktiven und schöpferischen Menschen. Das war natürlich eine sehr provokative These, mit der zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir mit manchen Entwicklungen im Informationszeitalter nicht zufrieden sind. Wir haben uns aber an den Auftrag unseres Grundsatzzprogramms erinnert und auch ernst genommen, daß wir über diesen Zustand nicht nur klagen, sondern uns auch einer Medienethik verantwortlich fühlen, die Multimedia und all das, was in den elektronischen Medien auf uns zukommt, ernst nimmt und aufnimmt und die Menschen bereits im frühen Kindesalter mit diesem Thema vertraut macht.

Ein Schwerpunkt unserer Beratungen war die Zukunft im vereinten Deutschland. Wir haben also auch über das Thema der Wiedervereinigung gesprochen. Wir haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie es vor wenigen Jahren war. Auch die Einwürfe, die Wiedervereinigung komme uns zu teuer, spielten in der Diskussion eine Rolle. Ein Podiumsteilnehmer hat den schönen Satz geprägt: Die Wiedervereinigung kann uns viel kosten, aber sie kann uns niemals soviel kosten, wie die Fortsetzung der deutschen Teilung und die Fortsetzung des Ost-West-Gegensatzes uns materiell und menschlich gekostet hätten.

Der englische Physiker Steven Hawking hat in seinem Bestseller „Eine kurze Geschichte der Zeit“ die Zukunftsentwicklung der Menschen als fortschreitende Unordnung interpretiert. Er hat eine Reihe von Belegen dafür aufgeführt: fortschreitende Individualisierung, immer größere Unübersichtlichkeit, immer kompliziertere und komplexere Sachverhalte. Wir waren uns in unserem Forum darüber einig, daß es eine große Chance zur positiven Zukunftsgestaltung gibt und daß wir uns in der CDU dazu herausgefordert fühlen, sie wahrzunehmen.

Ich komme zum Schluß. Der Tag heute mit großen Referaten im Plenum und den anschließenden Diskussionen in den Foren hat eines deutlich gemacht: Es gibt derzeit in Deutschland keine andere Partei, die das geistige und politische Klima so positiv prägen kann wie unsere CDU. Laßt uns diese Aufgabe in Fortsetzung dieses Parteitages angehen. – Ich danke Ihnen.

Kurt Biedenkopf:

Wir brauchen den Wettbewerb der Ideen

Wir haben uns mit der Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes befaßt. An unserem Forum haben Birgit Breuel, die ich hier kaum näher vorzustellen brauche, der Unternehmer Hayek, weltweit auch als Mr. Swatch bekannt, und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Schulte, mitgewirkt.

Wir haben in drei Stunden eine Fülle von einzelnen Gesichtspunkten gesammelt, die man in einer solchen Zusammenfassung gar nicht alle wiedergeben kann. Deshalb werde ich den Versuch machen, die wesentlichsten Gesichtspunkte zusammenzufassen.

Erstens. Deutschland ist mit der Einheit eine neue europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung zugewachsen. Es war für mich wichtig, daß sowohl Birgit Breuel als auch Herr Hayek von dieser Verantwortung auch im Sinne der Notwendigkeit von leadership sprachen. Deutschland ist nach seiner Größe, nach der Kraft seiner Wirtschaft und nach der Bedeutung als Markt mit Abstand das stärkste Gewicht im vereinten Europa. Die Handhabung dieses Gewichtes bedeutet eine große Verantwortung. Diese Verantwortung kann nicht mehr mit dem Hinweis auf die deutsche Teilung eingeschränkt oder relativiert werden. Das heißt: Deutschland muß in Zukunft diese Verantwortung nicht nur sehen, sondern auch annehmen. Die Verantwortung erwächst nach Auffassung der Diskutanten aus der Einheit und aus der Tatsache, daß wir mit beiden Systemen, der Sozialen Marktwirtschaft wie der zentralen Planwirtschaft, innerhalb Deutschlands Erfahrungen gesammelt haben.

Die zweite grundlegende Feststellung ist diese: Wir werden in den vorhandenen Märkten allein keinen ausreichenden Erfolg haben. Wir müssen uns neue Märkte erschließen. Dieser Gesichtspunkt, daß wir uns neue Märkte erschließen müssen, ist vor allem auf den Osten bezogen. Es hat immer

wieder – sowohl in den Voten der Podiumsteilnehmer als auch in der Diskussion – eine Rolle gespielt, daß mit dem Wegfall der deutschen Teilung auch die europäische Teilung weggefallen ist und daß auf der anderen Seite von Mauer und Stacheldraht – oder besser: des Eisernen Vorhangs – ungefähr genausoviel Menschen lebten bzw. leben wie in der Europäischen Union. Wie sich Politik, Wirtschaft, Sozialsystem, Rechtssystem und Gerichtssystem in dem östlichen Teil Europas entwickeln, wird ganz entscheidend nicht nur von der Bereitschaft der Europäischen Union und wiederum vorrangig auch Deutschlands abhängen, sich an diesem Entwicklungsprozeß zu beteiligen, sondern es wird die Zukunft unseres eigenen Landes nachhaltiger beeinflussen, als die meisten von uns es bisher in Betracht ziehen.

Mit anderen Worten: Wir werden uns nicht aus Altruismus, sondern aus höchst eigenem deutschen und westeuropäischen Interesse an der Entwicklung Osteuropas beteiligen müssen. Wir werden aber, wenn wir das richtig tun – das war die Meinung –, auf Grund dieser Beteiligung auch wichtige neue wirtschaftliche Chancen und Möglichkeiten erhalten, vor allen Dingen in den Industrien, die nach Auffassung von Herrn Hayek eine besondere Zukunftsrolle in Deutschland spielen müssen. Das gilt sowohl für die Investitionsgüterindustrie als auch für die Konsumgüterindustrie, und zwar nicht nur für die Produktion hochwertiger im Sinne hochpreisiger Konsumgüter, sondern auch für solche, die eine hohe Qualität und einen sehr niedrigen Preis aufweisen.

Drittens. Ein zentrales Thema der Diskussion, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten stand, war die Innovationsbereitschaft. Eng damit zusammen hing die Frage nach der Bereitschaft der Deutschen, Unternehmer zu werden bzw. sich selbständig zu machen, ein Thema, das der Bundeskanzler gestern schon angesprochen hat und das auch heute morgen von Wolfgang Schäuble wieder angesprochen wurde.

Dies durchzog die Diskussion wie ein roter Faden. Einer hat gefragt: Warum haben wir in Deutschland zu wenig Unternehmer? Andere haben gefragt: Warum sind diejenigen, die unternehmerisch tätig sein können, häufig so wenig risikobereit? Warum findet man für die Übernahme von Risiko in Deutschland nicht hohe Anerkennung, warum wird die Übernahme von Risiko eher zweifelnd auf ihre Nützlichkeit hinterfragt?

Wo soll die Risikobereitschaft, die Bereitschaft zur Selbständigkeit, die Bereitschaft zu unternehmerischem Handeln herkommen?

Wir hatten nicht die Zeit, zu untersuchen, warum die unternehmerische Bereitschaft in Deutschland nicht so hoch ist wie in den 60er Jahren, als die Selbständigenquote fast doppelt so hoch war wie die heutige. Aber wir haben doch einige mögliche Ursachen identifiziert. Ohne das vertiefen zu können, nenne ich die unterschiedliche Sicherheit eines Arbeitnehmers und eines Selbständigen.

Ich möchte jetzt hier nicht wiederholen, was ich dazu gerne vortrage, nur soviel: Ein Handwerksmeister, der bei BMW, bei Daimler oder sonstwo beschäftigt ist, und jetzt mit seiner Frau die Frage erörtert, ob er sich selbständig machen soll, wird sich einige Fragen seiner Frau anhören müssen: Wie lange wirst du, wenn du dich selbständig machst, arbeiten müssen? Im Augenblick arbeitest du 38 Stunden. – Sagt der Mann: Die Handwerkskammer hat mir erzählt, die durchschnittliche Arbeitszeit liege bei 72 Stunden. – Wie sieht das mit der Alterssicherung, mit der Krankenversicherung, mit der sozialen Sicherheit insgesamt aus? Was ist mit den sechs Wochen Urlaub, mit dem Weihnachtsgeld, mit dem 13. Monatsgehalt und mit anderen Absicherungen, die du in deiner jetzigen Position hast?

Wenn man den Dialog zu Ende führt und beide Möglichkeiten vergleicht, dann kommt man zu dem Ergebnis: Die Frau muß entweder eine Heilige sein oder ihren Mann wirklich lieben, wenn sie seinem Vorhaben zustimmt, sich selbständig zu machen.

Wenn dem aber so ist, dann muß es eine zentrale Aufgabe sein, die Hindernisse, die die Entscheidung für die Selbständigkeit erschweren, aus dem Weg zu räumen. Wenn es so viele Selbständige gäbe wie vor 25 Jahren, dann sähen wir uns einer wesentlich geringeren Zahl von Arbeitslosen gegenüber.

Selbständigkeit ist die Wurzel zukünftigen Unternehmertums. Es war keine Frage in unserer Diskussion, daß wir diese Unternehmer brauchen. Wir haben nicht nur einen Mangel an Risikobereitschaft diagnostiziert, sondern auch eine erhebliche Unbeweglichkeit im Denken.

In mehreren Diskussionsbeiträgen ist dafür beispielhaft das Ladenschlußgesetz erwähnt worden. Es war interessant für mich, daß die Diskussion immer wieder auf die verschiedenen Gutachten zulief, die zu der Frage ausgearbeitet worden sind, ob das Ladenschlußgesetz nun sinnvoll ist oder nicht. In dem einzigen Fall, in dem ich aus der Moderatorenrolle herausgetreten bin,

habe ich dann gesagt: Ich habe meinen ersten Artikel gegen das Ladenschlußgesetz 1956 geschrieben, und ich hoffe, im nächsten Jahr, beim 40jährigen Jubiläum, eine gewisse Beweglichkeit in dieser Frage erleben zu können.

Es ist das Phänomen erkennbar – ich will das jetzt nicht vertiefen; es ist ein Nebenthema –, daß wir Neues nicht wagen, ehe wir uns gutachtlich abgesichert haben, was wohl passieren könnte, wenn wir es wagen. Damit erzeugen wir zwar einen Wettbewerb der Gutachter, nicht aber einen Wettbewerb der Ideen.

Wir müssen auch in solchen gesellschaftlichen Fragen eine größere Risikobereitschaft an den Tag legen. Wo ist das leichter als in einer bundesstaatlichen Ordnung? Warum soll es nicht möglich sein, solche starren Regelungen – und sei es nur zum Zwecke der Entwicklung unterschiedlicher Antworten – zu öffnen und regionalen oder lokalen Regelungen zu überlassen?

Wir brauchen diesen Wettbewerb der Ideen nicht nur unter den Unternehmern, wir brauchen ihn auch in dem Bereich, wo rund 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verfügt werden, nämlich im staatlichen Bereich, im Bereich der administrierten Preise und der sozialen Systeme.

Wenn wir den Wettbewerb dort nicht zulassen, dann bringen wir uns um die ganze Innovationskraft, die in einem solchen Wettbewerb freigesetzt wird, und damit um die Ideen, mit denen wir unseren Standort Deutschland erst langfristig wettbewerbsfähig machen können.

Wir haben diskutiert, insbesondere auch angeregt durch die Voten von Herrn Hayek, über die Frage, ob man in Deutschland trotz der hohen Löhne preiswerte Konsumgüter massenhaft herstellen kann. Herr Hayek hat uns dazu ermutigt. Das sei möglich, man müsse allerdings bei der Produktion, der Organisation der Arbeitsteilung und der technischen Entwicklung große Phantasie aufbringen.

Man könne nicht in den normalen Kreisen bleiben, man müsse eine andere Form auch der Organisation der Arbeit suchen.

Das hat uns, wie nicht anders zu erwarten, auch zu den Fragen der Arbeitskosten geführt. Hier gab es zumindest Hinweise darauf, daß wir in den sozialen Systemen die versicherungsfremden Leistungen überprüfen müs-

sen, daß wir insgesamt der Frage auf den Grund gehen müssen: Wieviel kann der Arbeitsvertrag an Gemeinkosten für die Finanzierung kollektiver Risikoabdeckung tragen, vor allen Dingen dann, wenn durch die höhere Kapitalintensität bei Aufrechterhaltung des Vollzeit Arbeitsplatzes insgesamt weniger Arbeitsplätze bei wachsender Produktivität und auch bei wachsendem Bruttosozialprodukt angeboten werden? Wir haben nur am Rande darüber reden können, welche Bedeutung die hohen Arbeitskosten für das Abwandern von Arbeit haben.

Es wandern nicht Arbeitsplätze ab, sondern Arbeit. Dieses Abwandern von Arbeit wird uns allerdings – das ist mein Eindruck aus der dreistündigen Diskussion – in Zukunft noch viel intensiver beschäftigen als gegenwärtig, denn es wird weiter fortschreiten. Zwar gibt es – das hat sich gezeigt – eine ganze Reihe von wichtigen und attraktiven Standortvorteilen auch in unserem Land. Aber wir werden diese Standortvorteile, so wie sie heute sind, nicht erhalten können, wenn wir versuchen, sie zu konservieren. Wir werden sie nur erhalten können, wenn wir das, was sich heute als Vorteil erweist, so weiterentwickeln, daß es sich unter völlig veränderten Bedingungen immer noch als Vorteil erweist.

Das führt mich zu dem letzten Punkt, nämlich der Forderung nach Mobilität, und zwar nicht nur nach regionaler, also räumlicher Mobilität, sondern auch nach geistiger Mobilität. Rohstoff der Zukunft seien Kreativität, Wissen, Qualifikation. Das seien langfristige Investitionen, wurde festgestellt, und das sei eine Aufgabe nicht nur des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Diese Mobilität zu sichern und immer wieder ihre Notwendigkeit im Bewußtsein gerade auch der nachwachsenden Generation zu erneuern ist zweifellos eine schwierige politische Aufgabe.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Eindruck mitteilen, den ich gewonnen, aber auch bestätigt gefunden habe. Mir scheint, daß wir heute einen wesentlichen Teil der Einsichten erarbeitet haben, daß sich etwas verändern muß. Wir haben auch einen wesentlichen Teil der Einsichten erarbeitet, daß dieses Verändern mit Umdenken verbunden ist. Wir diskutieren auch über Alternativen, wir diskutieren über neue Wege, und eine Fülle von Vorschlägen sind schon vorgelegt worden. Aber – das gehört jedenfalls zu meiner Lebenserfahrung – die Einsicht braucht einen Bundesgenossen, und dieser Bundesgenosse ist die allgemeine Einsicht in die unvermeidbare Notwendigkeit des Handelns, und zwar alsbald und nicht erst in Zukunft.

Hans Jonas hat in seinem Buch über die Verantwortung für die Zukunft gesagt, man müsse die zukünftigen Gefahren so deutlich in der Gegenwart diskutieren, daß sie in der Gegenwart eine Handlungsbereitschaft auslösen, aber nicht so überwältigen, daß sie die Leute in der Gegenwart lähmen. Ich glaube, daß dies im Augenblick unsere Hauptaufgabe ist: mit den Menschen die Aufgaben und Herausforderungen von morgen so zu diskutieren, daß sie nicht sagen: „Um Gottes willen, das können wir nie schaffen“, sondern daß sie sagen: „Wo können wir anfangen?“ Auszulösen, daß sie sagen: „Wo können wir anfangen?“, setzt voraus, daß wir jetzt gemeinsam Wege erarbeiten, denen man vertrauen kann. Einer hat in der Diskussion gesagt: Ich kann nichts Neues anfangen und das Alte weglegen, wenn ich den Menschen das Neue nicht erklären kann. Das ist zweifellos richtig.

Ich glaube, daß wir aus unserer Sitzung eine Menge Anregungen gewonnen haben, um Neues zu entwickeln und das Neue zu erklären. Ich bin überzeugt davon, daß die CDU die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die die Entschlossenheit hat, diesen schwierigen Weg nicht nur bis zum Erdenken neuer Wege zu gehen, sondern darüber hinaus die Menschen gewissermaßen mitzunehmen, ihnen Vertrauen zu geben, und zwar aus dem, was sie gerade in den letzten fünf Jahren gemeinsam geleistet haben, und ihnen sagen: Wenn wir die deutsche Einheit zustande bringen, ohne Krieg in Europa, mit Zustimmung aller Nachbarn, ohne soziale Revolution in Deutschland, bei niedriger Verschuldung, ohne Inflation, dann werden wir wohl auch die Zukunft gemeinsam meistern können.

Erwin Teufel:

Am Anfang ist der Bürger

„Wie wollen wir in Zukunft leben?“ stand über unserem Arbeitskreis als Frage. Frau Dr. Köcher, die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, sagte dazu: „Der Vorrat an gemeinsamen Zielsetzungen ist viel größer, als gemeinhin angenommen wird. Die scharfen ideologischen Kontroversen verringern sich, die Menschen – sie hat es insbesondere bei der jungen Generation nachgewiesen – sind wieder offener, nicht im Sinne eines billigen Optimismus, sondern in voller Kenntnis der Probleme, aber mit wachsendem Selbstbewußtsein, daß man die Probleme lösen kann. Die globalen Herausforderungen erschrecken, aber sie entmutigen nicht.“

In Übereinstimmung mit dem, was heute morgen Herr Professor Markl vorgetragen hat, definierte Herr Professor Treusch als globale Probleme erstens die starke Zunahme der Weltbevölkerung, die in eindringlichen Daten dargestellt wurde, zweitens die Probleme wachsenden Energieverbrauchs, und zwar sowohl im Bereich der Ressourcen wie im Bereich der Entsorgungsfrage, drittens die starke Zunahme der Informationsmöglichkeiten durch die neue Informationstechnik. Positiv sei, daß man heute die Probleme wesentlich besser erkenne als früher.

Herr Dr. Schily wies auf die vielen Verkrustungen, Privilegien und Besitzstände in unserer Gesellschaft hin und forderte, daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückziehen solle. Es sei eine neue Aktivität der Bürger nötig.

Professor Rendtorff betonte die Gestaltungsaufgabe des Menschen und seine Verantwortung, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergebe.

Die Fragen der Zukunft seien ebenso Fragen der Ethik wie der Technik.

Im Plenum ergab sich eine hochinteressante ausführliche Diskussion, über die sich alle Referenten des Podiums sehr anerkennend äußerten. Einige

wenige Schwerpunkte der Diskussion möchte ich in Überschriften nennen: Eine hohe Übereinstimmung über die Bedeutung der Familie für die Weitergabe von Werten und die Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln; die große Bedeutung der Bildung in Schule und Hochschule zur Vermittlung von Gestaltungswissen und von Orientierungswissen; die Vielfalt der Medien, ihr Einfluß auf die Erziehung und auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit; die Bedeutung der Erforschung und Einführung von alternativen und erneuerbaren Energien, nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den derzeit genutzten Energiearten; das große Bedürfnis der Menschen nach persönlicher Kommunikation trotz oder gerade wegen der Flut von Medieninformationen; die Frage, wie wir hochkomplexe Erkenntnisse und Systeme für Menschen erklärbar machen, damit sie Entscheidungen treffen oder wenigstens nachvollziehen können.

Die Teilnehmer waren sich einig:

Erstens. Das gesellschaftliche Engagement der Bürger muß noch stärker anerkannt werden.

Zweitens. Die Bürger haben Einsicht in notwendige Veränderungen. Sie stimmen auch grundlegenden Reformen zu, etwa dem Umbau des Sozialstaats, wenn ein überzeugendes Konzept vorgelegt wird, das die kommende Generation entlastet. Es will eine ganz große Mehrheit der Menschen nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkelkinder leben.

Drittens. Unser Thema ist es auch, ein neues Gleichgewicht zwischen Individuum und Gemeinschaft zu finden. Es geht um die Frage, wie in einer Gesellschaft, die durch ein hohes Maß an Wohlstand und Freiheit charakterisiert ist, Solidarität, Gemeinsinn und Selbstverantwortung erhalten und gestärkt werden können.

Viertens. Unser Thema beinhaltet auch die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Tradition und Moderne, von Bewahrenswertem und Neuem. Was hat sich bewährt, was soll erhalten bleiben, worauf können wir verzichten, was muß neu gedacht, neu gemacht werden?

Fünftens. Je freier der Mensch ist, um so mehr Verantwortung wächst ihm auch zu.

Sechstens. Es ist an der Zeit, daß wir stärker auf die Leistungsfähigkeit und die Lösungskompetenz des einzelnen Bürgers setzen, daß wir Selbstverant-

wortung fordern und ermutigen, daß wir dem Bürger mehr zutrauen und auch stärker vertrauen. Die richtige Devise für das 21. Jahrhundert ist nicht „am Anfang ist der Staat“, sondern „am Anfang ist der Bürger“.

Siebtens. Die Frage lautet nicht nur: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, sondern: „Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“

Das Fazit lautet, die eigentlichen Erneuerer sind diejenigen, die wissen, was bewahrenswert ist. Deshalb ist das Zukunftsthema d a s Thema der CDU.

Angela Merkel:

Wir stehen vor riesigen Herausforderungen

Wir haben uns im Forum 4 mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft als Zukunftskonzept befaßt. Viele werden sich an unsere Diskussionen im vergangenen Jahr erinnern, als wir unser Grundsatzzprogramm beschlossen haben. Ist es richtig, die bewährte Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente zu erweitern? Wir hatten damals eine heiße Debatte, ob das wirklich notwendig ist. Ich glaube, es war richtig, daß sich die durchgesetzt haben, die gesagt haben, wir brauchen diese ökologische Komponente, weil wir erkannt haben, die Ressourcen dieser Erde sind endlich, sie sind knapp, und wir müssen mit diesem knappen Gut so sorgfältig umgehen, daß zukünftige Generationen gleiche Lebenschancen oder sogar bessere haben als wir. Wir müssen aus dem Prinzip der Gerechtigkeit heraus dafür sorgen, daß alle Menschen auf dieser Welt so leben können, daß die Ressourcen ausreichend und vernünftig genutzt werden.

Professor Markl hat uns heute noch einmal vor Augen geführt, welche Dimension diese Aufgabe hat: Das Bevölkerungswachstum muß gestoppt werden. Wir stehen vor riesigen Herausforderungen.

Die Spezifik ökologischer Probleme hat Professor Zellner, der in diesem Podium mitgemacht hat, uns an einem interessanten Beispiel erläutert. Er hat gesagt, vor 20 Jahren gab es die ersten Debatten über das Ozonloch. Da hat man ausgerechnet, daß die FCKWs eine Veränderung der Ozonschicht um plus/minus ein Prozent bewirken werden. Da hat man sich gefragt: Was bedeutet das? Da haben die Falken, wie er es nannte, gesagt: Das bedeutet, daß es eine starke Beeinträchtigung der Ozonschicht durch menschliche Effekte geben wird. Die Tauben, so nannte er sie, haben gesagt: Ein Prozent, das ist so gering, und plus/minus ein Prozent, das merkt man nicht, darum müssen wir uns nicht so stark bemühen.

Heute, 20 Jahre später, ist klargeworden, die Falken hatten leider recht, und wir können nur in einem großen zeitlichen Abstand das menschliche Tun von damals noch ändern, denn wenn wir heute keine FCKWs mehr in unserem Lande produzieren, dann wird das in der Atmosphäre erst in 20 Jahren wirksam. Das ist die Spezifik von ökologischen Problemen, die mit der von Problemen, die wir im sozialen Bereich haben, nicht immer und sofort vergleichbar ist.

Ich habe mich gefreut, daß in dem Forum, an dem Herr Pischetsrieder, Herr Issen und Professor Ewers noch teilgenommen haben, der Begriff der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr in Frage gestellt wurde, sondern als Zukunftskonzept akzeptiert wurde. Ich halte das für vernünftig und gut.

Wir haben dann begonnen, darüber zu sprechen: Was heißt das eigentlich, dieses Dreiecksverhältnis Soziale Marktwirtschaft, Ökologische Marktwirtschaft – schon in sich jeweils Spannungsverhältnisse – und dann noch die Marktwirtschaft mit dem Ökologischen und dem Sozialen und das ökologische und soziale Miteinander? Wir sind da nicht so weit gekommen. Da gab es Aussagen wie: Umweltpolitik, wenn sie gut ist, ist immer auch Sozialpolitik. Da gab es aber auch die Aussage aus dem Publikum, es handle sich um einen doppelten Spagat, und man könne nicht alles auf einmal schaffen, und was marktwirtschaftlich vielleicht als das Rentabelste erscheine, sei ökologisch nicht das Beste, und bei endlichen Ressourcen könne auch die Frage kommen, ob wir mehr im sozialen Bereich oder mehr im ökologischen Bereich tun wollen. Wenn wir im nächsten Jahr diskutieren, müssen wir uns genau dieses Spannungsverhältnis noch einmal anschauen und die Diskussion zwischen ökologischer und sozialer Komponente und zwischen Umwelt- und Sozialpolitikern noch einmal in Gang bringen. Ich denke, das ist ein spannendes Thema.

Wir haben über die Aufgabenteilung in der Gesellschaft bezüglich der Ökologie und über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik gesprochen. Von verschiedenen Diskutanten wurde immer wieder gesagt, und Herr Pischetsrieder hatte hier den schwierigsten Part zu bestehen: Die Wirtschaft sagt oft, was sie nicht kann und was für den Markt nicht gut ist, dann kommt die Politik und stellt die Forderungen auf.

Kann das im Konzept der Ökologischen Marktwirtschaft die richtige Arbeitsteilung sein? Die Antwort muß ganz klar lauten: Das ist nicht die richtige Arbeitsteilung, und es ist heute auch nicht mehr die Realität. Es kommt uns aber häufig so vor, als ob wir uns immer wieder in die alten Bunker verkriechen und dann die Gefechte austragen.

Es ist die Rede von Zukunftswerkstätten zwischen Politikern und Entwicklern gewesen. Es ist eine ganz spannende Sache, wenn man gegenseitig ein Gefühl dafür bekommt, was man sich zumuten kann, was machbar ist und was erforderlich ist. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für die CDU. Wir müssen gerade mit der Wirtschaft einen Dialog führen, der von Grundvertrauen geprägt ist.

Heute kam wieder einmal die alte Geschichte vom Mißtrauen auf. Sie macht sich – das ist im Forum immer wieder gesagt worden – an der Einführung des Katalysators fest. Wir Politiker hatten nicht den Eindruck, daß die Industrie all das genannt hat, was sie jetzt schon könnte. Aus der Sicht der Automobilindustrie stellt sich das differenzierter dar, aber ich glaube, diese Art von Gefechten dürfen wir in Zukunft nicht führen. Wir müssen versuchen, ein Grundvertrauen herzustellen, dann bleiben immer noch genug Widersprüche, die wir miteinander lösen müssen.

Wir haben über etwas gesprochen, was ich für ganz wichtig halte. Es wurde von Professor Zellner angesprochen. Es ging um so etwas ähnliches wie einen nationalen Umweltplan. Das hat etwas mit dem Vorwurf zu tun, der in der Umweltpolitik recht häufig vorkommt, nämlich mit dem Vorwurf: Ihr seid nicht berechenbar.

Professor Ewers hat gesagt: „Man darf nicht jede Woche eine andere umweltpolitische Sau durchs Dorf jagen“ – ich habe Herrn Ewers zitiert –, sondern man muß wissen, was man tut, und man muß vor allen Dingen auch wissen, was die wirklich wichtigen Fragestellungen und die Prioritäten und was die Dinge sind, die nachfolgen können.

Zu einem Thema sind wir leider nicht in voller Breite gekommen: Welche Kosten koppeln sich an welchen Nutzen bei unseren umweltpolitischen Prioritäten? Das hat etwas mit den endlichen Ressourcen in unserer Gesellschaft zu tun. Als wir über die Ziele der Umweltpolitik gesprochen haben – es ist eine der wichtigsten Aufgaben, daß wir uns in der Gesellschaft auf

gemeinschaftlich getragene Ziele verständigen – , hat den ersten Platz, auch im Lichte der Vorträge von heute morgen die Frage des sparsamen Umgangs mit Energie eingenommen, und zwar nicht wegen der Energie, sondern wegen der CO₂-Emissionen und des Treibhauseffekts.

Ich denke, das macht die gesamte Spannweite von Umweltpolitik aus. Auf der einen Seite ist das globale Problem des Treibhauseffektes. Wir schaffen überhaupt nichts, wenn wir bei uns eine CO₂-Emission vermeiden, um sie in die Nachbarstaaten zu exportieren. Auf der anderen Seite – das ist in der Diskussion klargeworden – steht die nationale Rolle der Bundesrepublik Deutschland mit einem ganz klaren Ziel, das von allen akzeptiert wurde: 25 prozentige Reduktion der CO₂-Emission bis zum Jahr 2005, bezogen auf das Jahr 1990, wie es in Berlin vom Bundeskanzler festgelegt wurde.

Dieses Ziel spornt uns an, neue Technologien zu entwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland hat als führendes Industrieland hier eine spezielle Aufgabe. Wer, wenn nicht wir, soll den anderen Ländern zeigen, was beim effektiven Umgang mit Ressourcen, sprich: mit der Energie, machbar ist?

Wir haben über weitere Ziele gesprochen, z. B. über die Idee von Jürgen Rüttgers, von der Koppelung des Wirtschaftswachstums an das steigende Verkehrsaufkommen. Ist das eigentlich eine Naturnotwendigkeit? Es wurde etwas spezifiziert. Gelingt es uns, Wirtschaftswachstum zu haben und gleichzeitig dazu zu kommen, daß die Emissionen aus dem Verkehr abnehmen? Das ist einer der Hauptpunkte.

Hier wurde durchaus Optimismus geäußert, dem sollte man nachgehen. Ich muß etwas ähnliches für die Frage vorschlagen: Muß das Wirtschaftswachstum an zunehmenden Landverbrauch gebunden sein, oder schafft man es nicht auch, hier eine Entkoppelung zu erreichen, so wie man das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch heute schon entkoppelt? Das könnten wichtige Ziele sein, die wir uns für die nächsten Jahre vornehmen. Das sind unsere Prioritäten, ich würde im Naturschutzbereich noch hinzufügen, daß die Vielzahl der Arten in unserem Land erhalten bleiben muß. Auch das wäre ein gutes Ziel.

Wir müßten eine weitere Frage in der Diskussion vertiefen. Welche Instrumente entsprechen der Ökologischen Marktwirtschaft? Was wollen wir? Wir wollen doch die dezentrale Intelligenz in unserem Land mobilisieren – so

nannte das Professor Ewers –, um möglichst kostengünstig zu größten Effekten zu kommen. Die einhellige Meinung dazu war, daß marktwirtschaftliche Instrumente in vielen Fällen sehr viel besser geeignet sind als das Ordnungsrecht.

Es sind die verschiedenen denkbaren Instrumente genannt worden: Zertifikate, Lizenzen, z. B. für CO₂-Emissionen weltweit – Professor Ewers sagt: Das dauert 20 Jahre, aber es ist ein vernünftiger Ansatz, ich teile seine Meinung –, die Frage der steuerlichen Instrumente, die Frage von Haftungsregelungen, die bald noch besser in unserer Gesellschaft verwendet werden könnten und eine nicht unkontroverse Diskussion über die Möglichkeit von Selbstverpflichtungen.

Wir hatten eine ausgiebige Debatte über die Frage: Welche Möglichkeiten spielen Preise? Was muß in der Umweltpolitik überhaupt preislich geregelt werden? Wir waren uns darüber im klaren, daß es die Emissionen sein müssen. Es geht auch bei der Energiebesteuerung, bei der Kfz-Besteuerung und bei vielen anderen Bereichen nicht darum, etwas an sich zu besteuern, sondern es geht darum, die als schädlich erkannten Emissionen zu reduzieren, und zwar über die Preisbildung.

Wir haben intensiv über das Für und Wider einer Besteuerung der Energie im Zusammenhang mit unserem CO₂-Minderungsziel gesprochen. Auch hier gab es keinen Dissens darüber, daß die Preise für Energie im Zweifelsfall steigen müssen, wenn sie mit der Emission schädlicher Substanzen, z. B. CO₂ verbunden sind.

Die Diskussion bezog sich auf die Frage: Unter welchen Bedingungen kann man es so machen, daß zum Schluß global weniger CO₂-Emissionen entstehen und wir nicht durch unser nationales Reinwaschen letztendlich weltweit mehr Emissionen produzieren? Darüber haben wir in einigen Facetten gesprochen, aber Klarheit bestand darüber, daß mehr steuerliche Instrumente notwendig sind, auch im Hinblick auf unser CO₂-Reduktionsziel.

Wir waren uns völlig einig, was die Kfz-Steuer und steuerliche Spreizungen in anderen Bereichen anbelangt. Ich denke, auch hier müssen wir intensiv weiterdiskutieren. Welche steuerlichen Instrumente sind möglich, aber auch Zertifikate und Haftungsregelungen sollten uns in der nächsten Zeit beschäftigen.

Wir sind uns darüber einig, daß das Bruttosozialprodukt so, wie wir es aus der Sozialen Marktwirtschaft kennen, keine automatische Aussage darüber macht, wie gut es unserer Gesellschaft geht und wie groß der Wohlstand ist. Statt dessen ist die ökologische Komponente in dieser Frage noch gar nicht enthalten. Wir waren uns darüber einig, daß wir das, was die Fachleute als umweltökonomische Gesamtrechnung bezeichnen, beachten müssen. Wir müssen fragen: Wie geht es der Schöpfung, wie geht es der Natur bei all unserem menschlichen Handeln und bei dem Wachstum des Bruttosozialproduktes? Wir müssen versuchen, das zu quantifizieren, um eine Aussage darüber zu treffen, wie gut nicht nur unsere Soziale Marktwirtschaft, sondern auch unsere Soziale plus Ökologische Marktwirtschaft ist.

Abschließend lassen Sie mich sagen: Es war eine Diskussion, die sich sehr auf die neue Komponente in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gestützt hat, die auch sehr eindringlich die Frage nach der Vermittelbarkeit gestellt hat: Wie können wir den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Handlungsnotwendigkeiten vermitteln? Wie können wir das überbringen und zeigen?

Ich will zusammenfassend nur sagen: Ich glaube, wir können es dann zeigen, wenn wir uns auf wenige klar definierte Ziele verständigen, wenn wir den Menschen unsere Instrumente erklären, uns nicht von jeder Emotion leiten lassen, sondern unsere Politik berechenbar und auf längere Zeit angelegt auch wirklich durchsetzen.